

Weg mit dem Speck!

Statement

Hubertus Pellengahr

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich Willkommen zu unserer heutigen Pressekonferenz. Seit dem Frühjahr wird in Deutschlands Politik fast ununterbrochen über die Zukunft der Altersvorsorge diskutiert und debattiert. Schaut man auf die Pläne der Bundesregierung und gleichzeitig auf die sich immer klarer abzeichnenden Folgen des demografischen Wandels, so wird schnell klar, dass das auch bitter nötig ist. Aber heute soll es – zumindest auf den ersten Blick – um etwas ganz Anderes gehen, nämlich um eine Reform der Lohn- bzw. Einkommensteuertarife.

Als wir vor etwa sechs Monaten das ifo Institut um die Erstellung der Studie baten, deren Ergebnisse Ihnen gleich Prof. Fuest erläutern wird, hofften wir noch auf einen schnellen und vernünftigen Kompromiss in der Rentendebatte. Nie hätten wir gedacht, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie noch immer kein abgestimmter Kabinettsbeschluss vorliegt. So kann man sich irren. Beziehungsweise: welch eine glückliche Fügung, denn die noch offenen Fragen bei der Rente sind direkt mit dem Thema Steuern verknüpft. Wenn es nach Frau Nahles geht, dann soll die Solidar- bzw. Lebensleistungsrente vom Steuerzahler finanziert werden. Und bei der Finanzierung der Angleichung der Ostrenten ist noch offen, ob dafür bei den Steuerzahlern oder bei den Beitragszahlern die Hand aufgehoben wird.

Wir wollen keine Steuererhöhung, sondern eine Steuersenkung. Und um Frau Nahles frei zu zitieren: eine kräftige Steuersenkung bekommen die Steuerzahler nicht geschenkt. Die haben sie sich verdient.

Die hässlichste Ecke im deutschen Steuersystem ist die Mittelstandsecke, sie ist aber besser bekannt unter dem heute eigentlich gar nicht mehr passenden Namen Mittelstandsbauch. Gemeint ist damit ein kleiner Zickzackkurs in den Steuertarifen. Zwischen dem Beginn der Steuerpflicht bei 8.653 Euro und einem Einkommen von 13.669 Euro steigt der Steuersatz schnell von anfangs 14 Prozent auf etwa 24 Prozent an. Dieser steile Anstieg wird dann von einem flacheren Verlauf bis 53.665 Euro abgelöst. Ab da sind für jeden zusätzlich verdienten Euro 42 Prozent fällig – zuzüglich Solidaritätszuschlag, einer Zusatzsteuer, die selbst längst fällig für die Rente ist, aber das ist ein anderes nicht minder wichtiges Thema. Zwischen 53.665 Euro und 254.447 Euro tut sich im Steuertarif nichts, ab dann greift die sogenannte Reichensteuer 45 Prozent der Einkünfte ab. In der Ihnen vorliegenden Studie schlägt das ifo Institut vor, statt vom Mittelstandsbauch oder der Mittelstandsecke lieber von der Geringverdienerecke zu sprechen. Fest steht, dass diese Tarifgestaltung den Steuerzahler

viel Geld kostet und eigentlich nicht in ein System mit linear-progressivem Steuertarif passt. Böse Zungen behaupten sogar, dass dieser Tarifverlauf von der rot-grünen Regierung Anfang des Jahrhunderts extra so gestaltet wurde, weil er viel Geld einbringt, in der Öffentlichkeit aber eher die Eingangs- und Spitzensteuersätze diskutiert werden, als eine harmlos aussehende Ecke.

Auch dank dieses Mittelstandsbauchs und einer gleichzeitig starken Wirtschaft, steigen seit Jahren die Steuereinnahmen von einem Rekord zum nächsten. Bis auf ein paar kaum spürbare Reförmchen profitieren die einzelnen Steuerzahler von diesem Geldsegen nicht. Ihre Einnahmen steigen langsamer als die des Staates. Ich bin Realist genug, um zu erkennen, dass für eine grundlegende Steuerreform mit einer großen Entlastung angesichts der Aufgaben und einer soliden Haushaltspolitik kein Platz ist. Wir fordern die Bundesregierung daher zunächst nur auf, wenigstens einen ersten Schritt auf ihre Bürger zuzugehen und die Steuerquote nicht weiter ansteigen zu lassen. Würde der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt auf den Wert von 2014 zurückgeführt, dann könnten die Steuerzahler fast 20 Milliarden Euro mehr für sich behalten. Damit das Geld auch bei dem viel gelobten und oft geschröpften Mittelstand ankommt, hat das ifo Institut ein paar Varianten durchgerechnet. Im Kern geht es darum, den sogenannten Mittelstandsbauch entweder zu beseitigen oder ihn zumindest deutlich flacher zu machen. Gleichzeitig ist es nicht mehr zeitgemäß, dass der Spitzensteuersatz von 42 Prozent bereist ab 53.665 Euro fällig wird.

Lieber Herr Professor Fuest, ich danke Ihnen sehr, dass Sie und Ihre Mitarbeiter diese Studie erstellt und die Daten mit mehreren Millionen echter Steuerfälle durchgerechnet haben. Jetzt freuen wir uns auf ein steuerpolitisches Fitnessprogramm, das dem Mittelstandbauch zu Leibe rückt. Daher: ran an den Speck, Herr Professor!